

Ausgrenzung und Verfolgung behinderter Menschen während der NS-Zeit

*Veranstaltung im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung
„erfasst, verfolgt, vernichtet.
Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“*

1. September 2016
Kwadrat (Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen)

Dokumentation



Impressum

Herausgeber:

Landesbehindertenbeauftragter der Freien Hansestadt Bremen
Am Markt 20
28195 Bremen
office@lbb.bremen.de
www.lbb.bremen.de

SelbstBestimmt Leben e.V.
Ostertorsteinweg 98
28203 Bremen
beratung@slbremen-ev.de
www.slbremen-ev.de

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.
Waller Heerstraße 55
28217 Bremen
info@lags-bremen.de
www.lags-bremen.de

Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte
Hoffmannstraße 11
28201 Bremen
werkstatttrat@werkstatt.bremen.de

Redaktion:

Kai Baumann
Susanne Göbel
Uta George
Michael Haag
Uwe Lange
Uwe Seebode

Fotos:

Büro des Landesbehindertenbeauftragten

Bremen, Dezember 2016

Inhaltsverzeichnis

Anlass der Veranstaltung	4
Ablauf der Veranstaltung	5
Beitrag von Anja Stahmann (Einfache Sprache)	6
Beitrag von Joachim Steinbrück (Einfache Sprache)	8
Beitrag von Uwe Lange und Uwe Seebode (Einfache Sprache)	9
Beitrag von Dr. Uta George und Susanne Göbel (Einfache Sprache)	10
Beitrag von Jan Frerichs (Einfache Sprache)	15
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	17
Auswertung	19
Ausblick	19

Anlass der Veranstaltung "Ausgrenzung und Verfolgung behinderter Menschen während der NS-Zeit"

Vom 3. August 2016 bis zum 5. September 2016 wurde in der Unteren Rathaushalle die Wanderausstellung "erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus" gezeigt. Mehr als 24.000 Menschen besuchten die Ausstellung. Die Ausstellung wurde vor einigen Jahren von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde in Auftrag gegeben. Erstmals wurde sie Anfang 2014 im Deutschen Bundestag gezeigt. Im Nachgang konnte man die Ausstellung unter anderem in Hamburg, München und Dresden besuchen. Aber auch international war die Sammlung bereits an einigen Standorten vertreten.

Die Wanderausstellung gibt einen umfassenden Überblick über die Ermordung psychisch kranker und behinderter Menschen im Nationalsozialismus. Damit wird eine Personengruppe in den Mittelpunkt gestellt, welche lange Zeit als Verfolgte vergessen und verschwiegen wurde.

Initiator für die Ausstellung in der Unteren Rathaushalle in Bremen war die KulturAmbulanz am Klinikum Bremen Ost in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Zentrum für Psychiatrie am Klinikum Bremen-Ost. Im Frühjahr 2016 nahm der Leiter der KulturAmbulanz Kontakt zum Büro des Landesbehindertenbeauftragten auf. Nach einem persönlichen Gespräch entschied sich der Beauftragte, eine eigene Veranstaltung im Rahmen des Begleitprogramms durchzuführen. Auf Anfrage beteiligten sich als Kooperationspartner hieran SelbstBestimmt Leben, die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen, die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte sowie Mitglieder der ehemaligen Redaktion der Schülerzeitung „Rhododendron-Blatt“.

Bereits auf dem ersten Vorbereitungstreffen sprachen sich der Beauftragte sowie die Kooperationspartner für eine Durchführung der Veranstaltung in Einfacher Sprache aus. Damit sollten vor allem auch Menschen mit Lernschwierigkeiten angesprochen und aktiv eingeladen werden, sich an der Aufarbeitung der Geschehnisse zu beteiligen. Um die Ereignisse in einer Einfachen Sprache zu erläutern, fand eine Zusammenarbeit mit Susanne Göbel und Uta George statt.

Schlussendlich nahmen mehr als 50 behinderte und nichtbehinderte Menschen an der dreistündigen Veranstaltung am 1. September 2016 im Kwadrat teil.

Ablauf der Veranstaltung

Zu Beginn wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Joachim Steinbrück sowie Sozialsenatorin Anja Stahmann begrüßt. Beide betonten die Wichtigkeit, dass das Thema "Euthanasie" nicht in Vergessenheit geraten darf und mehr Bewusstseinsbildung bedarf.

Im Nachgang sprachen Susanne Göbel und Uta George. Sie beschäftigen sich bereits seit langen mit der Verfolgung von behinderten Menschen während des Nationalsozialismus. In einer Einfachen Sprache erläuterten sie die Geschehnisse während der Nazi-Diktatur.

Nach dem Vortrag von Susanne Göbel und Uta George hat Jan Frerichs von der der ehemaligen Redaktion des Rhododendron-Blatts erzählt, wie sie sich die Redaktion fühlte, als sie mit Begleitung ihres Lehrers, Michael Haag zu den Taten der Nazis geforscht hat. In ihrer letzten Ausgabe hat sich die Schülerzeitung mit dem Thema Nationalsozialismus beschäftigt.

Um die Vorträge aufzuarbeiten und um weitere Fragen zu klären, wurden in der zweiten Hälfte der Veranstaltung folgende vier Arbeitsgruppen angeboten:

- Kreativ-,
- Gesprächs-,
- Wissens- sowie
- Das-kann-man-tun-Gruppe.

Um eine sinnvolle Gesprächsatmosphäre herzustellen, wurden die Gesprächs- und Wissensgruppe zusammengelegt. Nach einer Stunde trafen sich die drei Arbeitsgruppen im Plenum wieder und berichteten sich gegenseitig von ihren Ergebnissen.

Auf den folgenden Seiten werden die Beiträge der Referentinnen und Referenten sowie die Ergebnisse der Gruppenarbeiten wieder gegeben. Die Schwerpunktbeiträge von Susanne Göbel, Uta George, Jan Frerichs und Michael Haag sind in Einfacher Sprache.

Beitrag von Anja Stahmann (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Steinbrück, sehr geehrter Herr Lange, sehr geehrter Herr Seebode, liebe Gäste,

herzlich Willkommen hier im Kwadrat, an einem Ort, an dem ich immer wieder gerne bin. Ich freue mich, dass ich auf dieser spannenden Veranstaltung einige Worte zur Begrüßung sagen kann.

Ich bin Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Zu den vielen Themen, für die ich zuständig bin, gehören auch Menschen mit Behinderungen. Ich arbeite zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern daran, dass behinderte Menschen am Leben in Bremen und Bremerhaven teilhaben können, dass sie die Hilfen bekommen, die sie brauchen, und dass sie nicht diskriminiert werden.

Daran arbeitet aber nicht nur meine Behörde. Viele Organisationen setzen sich für die Rechte von Behinderten ein. Und vor allem sind es die Menschen mit Behinderungen selbst, die für ihre Rechte streiten.

Dazu gehören auch die Veranstalter, die mich heute eingeladen haben, hier zu sprechen: Der Landesbehindertenbeauftragte, die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatt-Räte, der Verein SelbstBestimmt Leben und die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen.

Danke für die Einladung und danke dafür, dass Sie diese interessante Veranstaltung möglich gemacht haben.

Ich finde es wichtig, dass wir uns daran erinnern: Es war nicht immer so, dass der Staat Menschen mit einer Behinderung geholfen hat. Dass jeder Mensch ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft ist, ist für die meisten von uns selbstverständlich.

Die Nazis haben aber vielen Menschen schreckliche Dinge angetan. Für sie waren nicht alle Menschen gleich viel Wert. Auf staatlichen Befehl hin wurden Menschen eingesperrt, verletzt oder sogar getötet.

Behinderte und Kranke wurden systematisch „Erfasst – verfolgt – vernichtet“. Unter diesem Titel wurde vor vier Wochen die Ausstellung im Rathaus eröffnet, die den Umgang der Nazis mit kranken und behinderten Menschen zeigt.

Sie haben noch bis zum 6. September Zeit, sich die Ausstellung anzusehen, wenn sie noch nicht da waren. Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie hin und informieren Sie sich, auch wenn das Thema bedrückend ist.

Auch heute Nachmittag werden wir vielleicht nicht viel Spaß haben, aber sicherlich vieles Lernen und interessante Gespräche haben. Ich bin sehr gespannt auf die Vorträge. Dass behinderte und nichtbehinderte Menschen gemeinsam über dieses schwierige Thema sprechen, finde ich wichtig.

Was könnte einem selbst passieren, wenn die Zeiten sich nicht geändert hätten? Wie hätten wir uns damals verhalten? Und sicher auch: Was bedeutet das für die Zukunft? Für mich bedeutet es, dass wir nie vergessen dürfen, was passiert ist. Wir müssen uns erinnern, damit so etwas in Zukunft nicht noch einmal passieren kann. Wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten.

Und wir haben auch in Zukunft noch einiges zu tun. Auch nach dem Ende der Nazi-Zeit war nicht plötzlich alles gut in Deutschland. Wir haben gemeinsam schon viel erreicht und wollen noch mehr erreichen. Behinderte sollen nicht diskriminiert werden und sie sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Ich danke den Veranstalterinnen und Veranstaltern dafür, dass sie ein so schwieriges Thema gut verständlich behandeln. Ihnen allen, meine Damen und Herren, danke ich fürs Kommen und Mitdiskutieren.

Ich wünsche Ihnen einen interessanten Nachmittag und einen interessanten Austausch.

Vielen Dank.

Beitrag von Joachim Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter der Freien Hansestadt Bremen)

Sehr geehrte Frau Senatorin Stahmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich Willkommen zu unserer heutigen Tagung. Wir wollen uns mit einem ernsten Thema beschäftigen. Unser Thema heißt: "Ausgrenzung und Verfolgung behinderter Menschen während der NS-Zeit".

Für mich ist dies ein ganz wichtiges Thema. Und ich bin froh, dass die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen, SelbstBestimmt Leben Bremen und der Werkstatttrat bei der Tagung mitmachen.

Manche Leute sagen: "Ja, bei den Nazis sind auch behinderte Menschen verfolgt und ermordet worden. Aber das ist schon lange her. Warum sollen wir uns heute noch damit beschäftigen."

Ja, es ist richtig, dass die Nazi-Zeit schon mehr als 70 Jahre vorbei ist. Und es ist auch richtig, dass heute in Deutschland keine behinderten Menschen mehr durch den Staat verfolgt und ermordet werden. Und das ist gut so!

Und es ist auch gut, dass Frau Senatorin Stahmann heute hier bei uns ist. Sie ist Mitglied der Landesregierung von Bremen. Sie zeigt uns: Dem Staat ist es heute wichtig, dass so etwas wie in der Nazi-Zeit nicht mehr passiert. Frau Stahmann, vielen Dank dafür!

Ich denke, wir alle wollen, dass behinderte Menschen in Deutschland nie wieder verfolgt und ermordet werden. Und ich glaube, wir wollen auch, dass das nicht in anderen Ländern passiert.

Heute lernen wir, was in der Nazi-Zeit mit behinderten Menschen passiert ist. Und wir wissen dann, worauf wir achten müssen. Wir lernen dies, damit so etwas wie in der Nazizeit nicht wieder passiert!

Ich wünsche uns eine gute Tagung.

Und ich möchte mich bei Allen bedanken, die mitgeholfen haben, damit es eine gute Tagung wird.

Beitrag von Uwe Lange und Uwe Seebode (Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte)

Behinderte im Faschismus und heute

Es ist eine Schande, dass Behinderte im Faschismus in Anstalten eingewiesen und dann umgebracht worden sind.

Jeder Mensch hat ein Recht auf dieser Welt zu sein.

Jeder Mensch ist wertvoll auf seine Art und Weise.

Und darum ist es besonders wichtig, dass man uns in dieser heutigen Welt achtet sowie uns schätzt. Wir haben ein Recht zu existieren.

Verdammt nochmal, wir sind auch Menschen mit Wünschen, Gefühlen und Fähigkeiten. Darum sollte es auch nie wieder solche Taten wie in der NS-Zeit geben. Zum Beispiel: Errichten von Anstalten oder Erniedrigungen von Menschen.

Es ist heutzutage immer noch so, dass Menschen in der Gesellschaft mit Vorurteilen und Barrieren zu kämpfen haben.

Der Faschismus ist in unserem Land überwunden. Es ist normal verschieden zu sein, in Bremen sowieso. Die Gesellschaft in unserem Staate ist bunt!

Wir arbeiten in einer Werkstatt für behinderte Menschen. In der Werkstatt wird Vielfalt gelebt, zusammen mit einem geachteten Miteinander. Hier haben wir einen Platz gefunden. Obwohl wir nicht perfekt sind.

WIR vertreten unsere Interessen zusammen mit unserer Vertrauensperson.

Der Werkstattrat kämpft für bessere Arbeitsbedingungen. Trotz guter Möglichkeiten sind die Bedingungen noch nicht sehr gut. Vieles muss noch umgesetzt werden, wie zum Beispiel ein eigenes Einkommen, das zum guten Leben reicht.

Oder ein Teilhabegesetz, das Teilhabe ermöglicht und nicht Ausschluss aus der Gesellschaft bedeutet.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass es immer weniger Barrieren gibt. Dafür tritt die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte auf Landes- und Bundesebene ein.

Jedes Jahr tagt im Dezember das Behindertenparlament in der Bremer Bürgerschaft. In dieser Sitzung stimmen die Behindertenverbände und die Vertreter der Werkstätten über Beschlussvorschläge ab. Diese Beschlussvorschläge übergibt das Behindertenparlament dem Senat. Der Senat tauscht sich dann darüber aus. Wir werden nicht nur angehört - wir bestimmen mit!

Es haben viele Menschen mit Behinderung dafür gekämpft, dass diese Gesellschaft so ist wie sie ist. Wir wissen, wir haben schon viel erreicht! Aber wir haben noch ganz viel vor!

Beitrag von Dr. Uta George und Susanne Göbel

„Euthanasie“ im National-Sozialismus – in Einfacher Sprache

Von 1933 bis 1945 regierten die National-Sozialisten.

Man nennt die National-Sozialisten auch: Nazis.

- Ab 1933 operierten die National-Sozialisten sehr, sehr viele behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.¹
Damit sie keine Kinder bekommen konnten.
- Von 1939 bis 1945 ermordeten die National-Sozialisten sehr, sehr viele behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Wir erzählen Ihnen heute von dieser traurigen und schlimmen Zeit.

Wie lebten behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen im National-Sozialismus?

Es gab damals sehr viele Anstalten und Heime.

Dort lebten viele Kinder und erwachsene Frauen und Männer mit Behinderungen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Aber es gab auch viele Menschen, die vorher ein ganz normales Leben hatten:

- Sie lebten bei ihren Familien.
- Sie gingen in die Schule.
- Sie lernten einen Beruf und arbeiteten.
- Sie heirateten und hatten vielleicht eigene Kinder.

Dann brachte man sie in Anstalten und Heime.

Zum Beispiel weil sie Angst hatten.

Und krank wurden.

Warum mochten die National-Sozialisten behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen nicht?

Die National-Sozialisten behaupteten:

- Behinderte Menschen können nicht arbeiten.
- Behinderte Menschen kosten zu viel Geld.

¹ Wir haben in Bremen von einer Teilnehmerin gehört: ‚Menschen mit psychischer oder seelischer Krankheit‘ wird als diskriminierender Begriff gesehen. Sie hat uns den Begriff ‚Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen‘ vorgeschlagen. Deshalb benutzen wir diesen Begriff hier im Text.

- Behinderte Menschen sind eine Last für andere Menschen.
- Behinderte Menschen sind eine Gefahr für das deutsche Volk.
- Behinderte Menschen bekommen behinderte Kinder.
- Behinderung ist eine Last und eine Qual:
Für die behinderten Menschen selber. Für ihre Familien. Für alle.

Die National-Sozialisten behaupteten das Gleiche über Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

In schwerer Sprache sagt man: Die National-Sozialisten machten **Propaganda** gegen behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Was bedeutete Zwangs-Sterilisation bei den National-Sozialisten?

Von 1933 bis 1945 gab es **Zwangs-Sterilisationen**.

Zwangs-Sterilisation bedeutet:

- Man operierte behinderte Menschen.
Damit sie keine Kinder bekommen konnten.
- Man fragte die behinderten Menschen vorher nicht.
Man operierte sie gegen ihren Willen.

Diese Menschen wurden vor allem operiert:
Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Manchmal sagten die National-Sozialisten:
Wenn man sich operieren lässt, dann darf man die Anstalt wieder verlassen.

So viele Frauen und Männer wurden damals ungefähr **zwangs-sterilisiert**:
400.000 Menschen.

Was war ab 1939?

Am 1. September 1939 begann der 2. Welt-Krieg.

Das war von Januar 1940 bis August 1941:
Die National-Sozialisten töteten ungefähr
70.000 behinderte Menschen
und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Dafür bauten die Täter 6 Tötungs-Anstalten.
Dort töteten die Täter mit Gas.

So töteten die National-Sozialisten mit Gas.

Erst bestimmten die National-Sozialisten: Wer soll getötet werden.

Dafür gab es Frage-Bögen.

Die Anstalten mussten die Frage-Bögen ausfüllen.

Dort stand dann zum Beispiel:

- Wie oft die behinderte Person ihre Familie sieht.
- Was für eine Behinderung die Person hat.
Oder was für ein psychisches Gesundheits-Problem die Person hat.
- Ob man die Behinderung oder das Gesundheits-Problem heilen kann.
- Ob die Person arbeiten kann.

Wenn jemand getötet werden sollte, dann geschah meistens das:

- Man brachte die Person in eine Zwischen-Anstalt.
- So wusste die Familie nicht: Wo ist ihr Verwandter wirklich.

Von dort brachte man die Person in eine von den 6 Tötungs-Anstalten.

Dafür benutzte man Busse.

Man konnte nicht durch die Fenster schauen

In den Tötungs-Anstalten musste sich die Person ausziehen.

Ein Arzt untersuchte sie.

Dann brachte man die Person in die Gas-Kammer.

Dort tötete man sie mit Gas.

Manchmal wurde die Leiche noch untersucht.

Dann verbrannte man die Leiche.

Danach schrieben Büro-Angestellte einen Brief an die Familie.

Die Briefe nannte man **Trost-Briefe**.

Das sollte die Familie nicht wissen:

Die Person war ermordet worden.

In dem Brief stand zum Beispiel:

- Ein falsches Todes-Datum.
- Ein falscher Todes-Ort.
- Eine Krankheit als Grund für den Tod.

Die National-Sozialisten behaupteten auch:

Der Tod war eine Erlösung.

Weil der behinderte Mensch nicht mehr leiden muss.

Oder weil die Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen nicht mehr leiden muss.

So töteten die National-Sozialisten von 1941 bis 1945 behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Sehr viele behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen verhungerten.

Oder sie bekamen zu viele Medikamente. Und starben deshalb.

Mindestens 200.000 behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen starben.

Diese Morde gab es überall.

In vielen Anstalten und Kranken-Häusern.

Wer waren die Täter und Täterinnen?

Wer ermordete zwischen 1939 und 1945 behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen?

- Ärzte und Ärztinnen
 - Kranken-Schwestern und Pfleger
 - Büro-Angestellte
 - ungelernte Kräfte
- Sie arbeiteten zum Beispiel als Fahrer für die Busse.
Oder sie verbrannten die Leichen.

Was geschah mit den Tätern und Täterinnen nach dem Krieg?

Nur sehr wenige Täter und Täterinnen mussten vor Gericht.

Aber die meisten Täter und Täterinnen bekamen dann keine Strafe.

Die meisten Täter und Täterinnen arbeiteten weiter.

Zum Beispiel als Ärzte oder Ärztinnen.

Wie erinnerte man sich nach dem Krieg an die Opfer?

Die National-Sozialisten ermordeten ungefähr

300.000 behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen.

Ungefähr 400.000 Menschen wurden **zwangs-sterilisiert**.

Nach dem Krieg wurden diese Opfer sehr oft vergessen.

Niemand redete über sie.

Die Morde wurden verdrängt.

Niemand erinnerte sich an sie.

Zum Beispiel:

Die Familien schämten sich.

Die Familien redeten wenig über ihre getöteten Verwandten.

Und auch die Politik sagte nie offiziell:

Behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Gesundheits-Problemen waren Opfer von den National-Sozialisten.

Die Opfer oder ihre Familien wurden nicht **entschädigt**.

Entschädigt bedeutet: Der Staat zahlt Geld an die Opfer oder ihre Familien.

Erst seit 1980 erinnert man sich in Deutschland wieder mehr an die Opfer:

- Man baute Gedenk-Stätten.
- Man errichtete Denk-Male.
- Man machte Ausstellungen über das Thema.

Beitrag von Jan Frerichs von der ehemaligen Redaktion des Rhododendron-Blatts (assistiert von Michael Haag)

Die letzte Ausgabe der Schülerzeitung „Das Rhododendron-Blatt“ hatte den Schwerpunkt Nationalsozialismus.

Jan Frerichs war Mitglied der Redaktion. Michael Haag war Lehrer und begleitete die Redaktion seit vielen Jahren beim forschen.

Durch Fragen und Antworten haben Jan Frerichs und Michael Haag folgende Zitate aus der Schülerzeitung vorgestellt:

Wie es angefangen hat:

„Ich will mal über Nazis forschen!“
(Sabrina Schütte)

„Die er umgebracht hat: Die Juden, Menschen mit Behinderungen. Ausländer anderer Hautfarbe hat er umgebracht. Die, die gegen Nazis waren. Die, die homosexuell waren.“
(Sabrina Schütte)

„Die haben auch Behinderte verfolgt. Die, die eine Beeinträchtigung haben. Leute wie wir. Das passte bei denen nicht rein, deswegen wurden die abgeschafft. Und umgebracht.“
(Aus einem Gespräch in der Redaktion)

„Ich glaube, damals hatte jeder, der dem Land nichts einbrachte, einfach kein Lebensrecht. Die wollten wahrscheinlich einfach nur starke und gesunde Menschen. Ich wäre damals sicher auch ermordet worden. Ich hab´ ja ´ne Lernschwäche.“
(Tobias Buhr)

„Wo ich jetzt lebe – Maribondo – die Einrichtung würde dann ja auch nicht mehr sein. Weil, da sind ja auch geistig eingeschränkte Leute, die eine Behinderung haben. Adolf hätte da ja auch gesagt: die sollen weg.“
(Sabrina Schütte)

„Das war schlimm und an diese Zeit muss man denken, damit auch die nächste Generation von uns Bescheid weiß“
(Murat Alpaslan)

„Auch wenn wir behindert sind, haben wir ein Anrecht auf Leben!
Jeder Mensch hat ein Leben. Und ich finde das scheiße, dass Adolf Hitler die umgebracht hat!“
(Jan Frerichs)

„Also, ich finde nicht, dass ein Mensch einfach entscheiden kann: *der* Mensch ist krank, der kann nicht selber arbeiten, nicht selber für sich sorgen. Der ist nur eine Belastung und den braucht keiner. Also bringe ich den um. Ich finde das nicht gut. Man kann nicht sagen, nur weil jemand nicht viel kann: der hat keine Lebensberechtigung.“

(Tobias Buhr)

„Wir *haben* Angst, dass das nochmal passiert! Dass *wir* dann dran glauben müssen.“

(Jan Frerichs)

„Können die eigentlich wieder an die Macht kommen?“

„Ich würde mal sagen:

Damit so was nicht passiert, sollte jeder, der gegen die Nazis ist, eine andere Partei wählen. Weil: jede Stimme, die dagegen ist, ist gut. Umso weniger Stimmen kriegen die. Mit ´ner geringeren Chance haben die dann was zu sagen.“

(Tobias Buhr)

„Dass man die nicht wählt und dass man dagegen was sagt. Dass man sagt:

Ich möchte das nie wieder haben!“

(Nele-Marie Cordes)

Das ganze Redaktions-Gespräch (mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Mesut Alpaslan, Murat Alpaslan, Tobias Buhr, Nele-Marie Cordes, Jan Frerichs und Sabrina Schütte sowie dem Fragesteller Michael Haag) kann hier nachgelesen werden:

<http://www.rhododendron-blatt.de/scans/23.pdf> - ab Seite 18.

Gesprächsgruppe

In der Gruppe kamen 15 Personen zusammen. Durch Uta George wurden Wort-Beiträge der Gruppenmitglieder immer wieder in eine Einfachen Sprache übersetzt. Dadurch waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktiv an der Gesprächsrunde beteiligt.

Wiederholt forderten Gruppenmitglieder noch mehr Aufklärung zum Thema „Euthanasie“. Die Ausstellung in der Unteren Rathaushalle sowie das Begleitprogramm kann nur ein erster Anfang sein. Positiv wurde hervorgehoben, dass mit der Ausstellung auch ein „Erinnerungsbuch“ der Kulturwissenschaftlerin Gerda Engelbracht erschienen ist. In dem Buch werden erstmals alle Opfer von NS-Medizinverbrechen aus Bremen und Bremerhaven namentlich aufgeführt.



(Mitglieder der Gesprächs-Gruppe)

Das-kann-man-tun-Gruppe

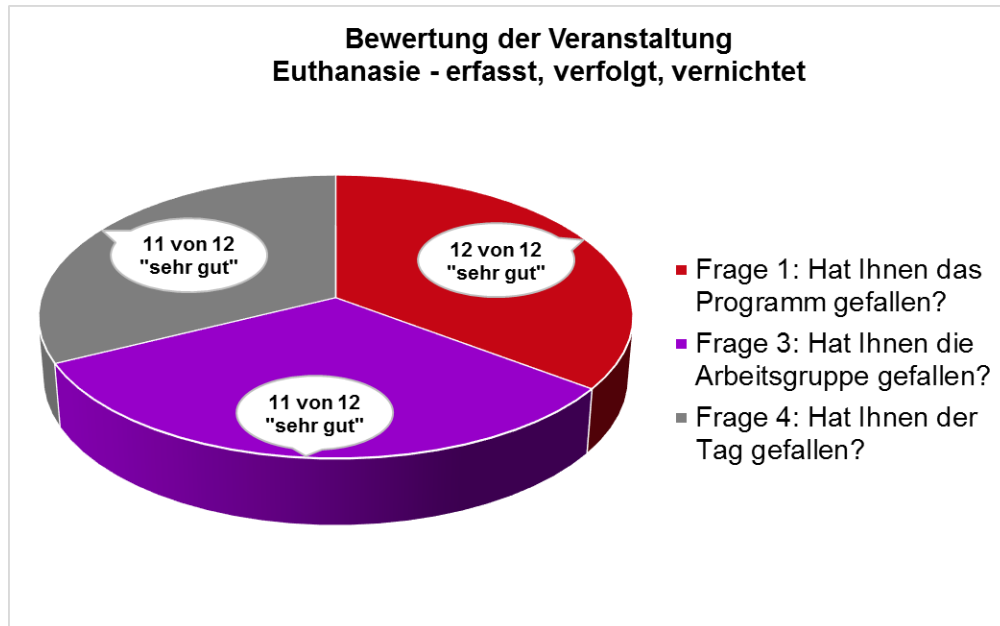
Was kann man tun, damit behinderte Menschen heute nicht diskriminiert und schlechter behandelt werden? Diese Frage beschäftigte die Mitglieder der Das-kann-man-tun-Gruppe von Beginn an. Vor allem sprach sich die Gruppe dafür aus, dass die Namen sowohl der Opfer als auch der Täter benannt werden. Wichtig war der Gruppe, dass das Thema nun mehr in den Fokus rückt und dass der Umgang mit behinderten Menschen durch die Nationalsozialisten auch im allgemeinen Schulunterricht verstärkt behandelt wird. Darüber hinaus sprach sich die Runde dafür aus, dass vor allem Menschen mit Lernschwierigkeiten aktiv an der Aufarbeitung beteiligt werden - getreu dem Motto „Nicht ohne uns über uns“.



(Mitglieder während der Gruppenarbeit)

Auswertung

Da es seit langer Zeit die erste Veranstaltung des Büros des Landesbehindertenbeauftragten in Leichter Sprache war, entschied sich der Arbeitsstab des Beauftragten für einen Fragebogen, mit welchem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Veranstaltung bewerten konnten. Von ca. 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligten sich 12 an der Befragung.



Ausblick

Unser Arbeitsstab hat sich über das Angebot zur Beteiligung am Begleitprogramm zur Wanderausstellung "erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus" sehr gefreut. Die große Resonanz sowohl an der Veranstaltung im Kwadrat am 1. September 2016 als auch allgemein an der Wanderausstellung in der Unteren Rathaushalle machen unserer Meinung nach deutlich, dass ein Interesse an der Aufarbeitung der Taten der Nazis an behinderten Menschen in vielen Teilen der Bevölkerung besteht. Durch zukünftige Veranstaltungen zum Thema wird sich unser Arbeitsstab an der weiteren Bewusstseinsbildung beteiligen.

Für das Jahr 2017 plant unser Büro derzeit eine Studienreise zu einer Euthanasie-Gedenkstätte. Nähere Informationen werden wir in absehbarer Zeit über unseren Newsletter sowie auf seiner Homepage unter www.lbb.bremen.de bekannt geben.

Für Rückfragen und weiteren Anregungen zum Umgang mit dem Thema „Euthanasie“ stehen wir gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme.